Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 44 (1964-1965)
Heft: 1

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

VON ZYPERN BIS SÜDVIETNAM

Neue Krisenherde in der Weltpolitik

Kriegsgefahr im östlichen Mittelmeer

Wie schnell und gefährlich heutzutage lokale Konflikte zu internationalen Krisen ausarten können, beweisen die Vorgänge auf Zypern. Was sich ursprünglich als Rivalität zwischen der griechischen Mehrheit und der türkischen Minorität präsentierte, ist inzwischen ein weltpolitisches Ereignis ersten Ranges geworden und beschäftigt die Kabinette aller Mächte. Kurzsichtigkeit und Fanatismus der provinziellen Politiker, denen alle Ränke genehm sind, um ihre maximalen Forderungen durchzusetzen, haben eine höchst prekäre Situation an der südlichen Flanke der NATO geschaffen, die das Risiko des Zusammenpralls zwischen Griechenland und der Türkei in sich birgt. Noch sind nicht alle Dämme gebrochen, und während diese Zeilen geschrieben werden, will die UN von der Zypernresolution des Sicherheitsrates Gebrauch machen, um die vorgesehene Ordnungstruppe schnell aufzustellen und nach dem Gefahrenherd zu schicken. Aber auch falls dieses Vorhaben U Thant gelingt, wird man noch lange auf eine Befriedung warten müssen. Die Konsequenzen, welche sich aus dem Bestreben des Erzbischofs Makarios ergeben, die Zürcher und Londoner Verträge abzuschütteln und eine neue völkerrechtliche Situation zu schaffen, sind in jeder Hinsicht katastrophal. Vielleicht ahnte der ehrgeizige Geistliche, der vor vier Jahren das schwierige politische Amt auf der Insel übernahm, gar nicht, welche Folgen der von ihm beschrittene Weg heraufbeschwören wird. Aber Makarios scheint sich in die auf alle Seiten von ihm gesponnenen Netze so verfangen zu haben, daß er keinen anderen Ausweg mehr sieht, als aufs ganze zu gehen und die Oberherrschaft der griechischen Mehrheit kompromißlos durchzusetzen, auch wenn man sich in diesem Falle auf Moskau stützt.

Eine solche Entwicklung bahnte sich beim Ausbruch der nationalen Leidenschaften auf der Insel zunächst noch gar nicht an, denn Makarios galt jahrelang als überzeugter Gegner des Kommunismus und machte keinen Hehl daraus. Auf der Belgrader Konferenz der Neutralisten im Jahre 1961 gehörte er zu den wenigen, die die Sache des Westens mutig vertraten, und als er dann seine Deutschlandreise und einen Abstecher nach Westberlin unternahm, hat er die sowjetische Seite mit seiner unmißverständlichen Verurteilung der Mauer in Verlegenheit gebracht. Seither waren die Kommunisten sowohl in Moskau wie auch in Ostberlin und überall auf der Welt nicht mehr gut auf den Erzbischof zu sprechen. Kein Wunder, daß die Sowjetunion in einer solchen Lage sich mehr protürkisch als progriechisch gebärdete. Letztes Jahr hat Moskau mehrmals die Bereitschaft gezeigt, die Beziehungen mit Ankara zu überprüfen und eine Periode der Annäherung einzuleiten. Daraus ist aber nichts geworden, weil die türkische Regierung diese Anbiederungsversuche kaltblütig ignorierte. Aber ein Engagement der Sowjetunion zu Gunsten der griechischen Zyprioten war noch lange Zeit überhaupt nicht abzusehen.

Die Einmischung Moskaus

Nachdem die Zypernkrise zu Beginn dieses Jahres derart bedrohliche Formen annahm, daß die für die Sicherheitspolitik des Westens im östlichen Mittelmeer verantwortlichen Mächte die der NATO drohenden Gefahren erkannten und nach Wegen und Methoden zur Lösung des Konfliktes suchten, entschloß sich Chruschtschew, in die Bresche zu springen. Moskau erblickte nunmehr eine neue Chance, im Mittelmeer Fuß zu fassen, was ihm bisher jedesmal verwehrt wurde. Was gleich nach dem Zweiten Weltkrieg mit den kommunistischen Umtrieben im griechischen Bürgerkrieg mißlang und was mit dem Abfall Albaniens und dadurch auch der sowjetischen Unterseebootbasis verloren ging, soll jetzt unter anderen Umständen und Begleiterscheinungen wieder gewonnen werden. Durch seine Botschaft an die anderen

Mächte vom 7. Februar 1964 hat Chruschtschew den Anspruch auf das Recht zur Mitsprache und Mitgestaltung der Verhältnisse auf der Mittelmeerinsel erhoben und will davon nicht mehr abgehen. Aber noch viel wichtiger ist, daß Makarios im sowjetischen außenpolitischen Eingreifen die Chance erblickte, sich dieses Interventionsrechtes in der Auseinandersetzung mit den Westmächten und der Türkei zu bedienen. Damit hat er eine außenpolitische Last auf sich genommen, die, wenn es nicht gelingt, die bedenkliche Entwicklung noch rechtzeitig zum Stillstand zu bringen, historische Folgen haben kann.

Seit diesem Eingreifen der Sowjetunion entstand eine zunächst heimliche und nunmehr ganz offenkundige Affinität zwischen Nikosia und Moskau, die sich in regen Kontakten, gegenseitigen Besuchen und sogar in der Errichtung einer direkten sowjetischen Flugverbindung nach Zypern manifestiert. Die Sowjets unterlassen nichts, um die griechische Bevölkerung der Insel gegen die britische Schutzmacht und darüber hinaus auch gegen die USA als der für die Sicherheit des Westens hauptverantwortlichen Kraft aufzustacheln. Den Sowjets geht es dabei natürlich nicht nur um die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Zypern und den angelsächsischen Mächten. Das ist nur eine sekundäre Frage und soll nur ein Sprungbrett für eine viel tiefere und nach dem Wunsch Moskaus ungleich wichtigere Krise sein, nämlich einen Zusammenprall verschiedenartiger Interessen zwischen den NATO-Partnern im östlichen Mittelmeer zu provozieren. Die sowjetische Diplomatie und Propaganda sind tüchtig am Werk, um dieses Vorhaben zu realisieren. Deshalb stacheln sie die zypriotischen Griechen auf, Gewalttaten gegen die türkische Minorität zu unternehmen, deshalb schüren sie die amerika- und englandfeindliche Stimmung auf der Insel.

Es geht auch um Griechenland

Die sowjetischen Spekulationen gehen viel weiter als man es sich im Augenblick ausdenken kann. Sie beziehen sich nämlich auf die innenpolitisch labile Lage in Griechenland und spekulieren darauf, daß, wenn ein Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei um Zypern ausbricht oder Makarios sich mit seiner nationalistischen Politik durchsetzt, dies im einen oder im anderen Fall Rückwirkungen auf die innenpolitische Situation in Griechenland haben werde und in der Folge zu einer Lockerung der Beziehungen zwischen Athen und den Westmächten führen werde. Im engeren Bereich scheinen die Sowjets damit zu rechnen, daß die jetzige Entwicklung zu einer Radikalisierung der Stimmungen und auch der politischen und sozialen Verhältnisse zunächst auf Zypern führen kann. Im Mittelpunkt dieser Spekulation steht natürlich die Tätigkeit der sogenannten «Progressiven Partei des schaffenden Volkes Zyperns» (AKEL), wie sich jetzt die frühere Kommunistische Partei Zyperns nennt. Nach sowjetischem Ermessen ist die Stärke dieser Partei, die früher 10 000 Mitglieder zählte, im Zuge der jüngsten prosowjetischen Sympathiekundgebungen rasch angewachsen. Das Augenmerk Moskaus richtet sich auch auf die Tätigkeit der sogenannten «Vereinigten Demokratischen Jugendorganisation» (EDOM), die zahlenmäßig noch stärker sein soll als die legale kommunistische Partei. Schließlich denkt man auch an die Aktivität der prokommunistischen «ALL-Zypriotischen Föderation der Gewerkschaften» (PEO). Man rechnete schon früher Makarios als einen Pluspunkt an, daß er im Unterschied zu Griechenland die Aktivität der Kommunisten duldete und gegen die Verbindungen dieser Leute zur Moskauer Zentrale praktisch nie etwas unternahm. Jetzt hofft man aber, daß von dort weitere Impulse auf das griechische Festland übergreifen werden und dadurch auch der Einfluß der Kommunisten und der verschiedenartigen Progressisten ausgedehnt werden könne.

Sowjetischen Analysen zufolge ist die Situation nach dem Regimewechsel von Karamanlis zu Papandreu, ferner nach dem Tode des Königs und der Übernahme der Monarchie durch den jungen Konstantin II. noch labiler geworden, als dies schon früher der Fall war. Dazu kommen noch sowjetischerseits die Erwartungen, welche man der Zuspitzung der antiamerikanischen und antibritischen Stimmung im griechischen Volk

beimißt. Dies alles könnte nach Auffassung Moskaus dazu führen, daß Griechenland nicht mehr ein verläßlicher Posten der NATO bleibt und sich dann unter günstigen Verhältnissen Chancen für die Ausbreitung des Kommunismus im Süden des Balkans und in dem strategisch wichtigen östlichen Mittelmeer bieten würden.

Gefahrenherd Südvietnam

Neben der Zypernkrise bedrückt die sich laufend verschlechternde Situation der westlichen Politik in Südostasien, namentlich die strategische Lage an der Front in Südvietnam. Die Beseitigung des Diem-Clans, der für die USA aus mancherlei Gründen zu einer unerträglichen Belastung heranwuchs, hat nicht die erhoffte Wirkung gehabt. Im Gegenteil, diese Operation hätte bei einer relativen außenpolitischen Ruhe und vor allem ohne Kriegssituation im Lande sicherlich verkraftet werden können. Aber unter den gegebenen Verhältnissen hat sie die sowieso prekäre Lage an der Front gegen die kommunistischen Rebellen nur kompliziert, weil sie im Offizierskorps zu Machtgelüsten und Rivalitäten führte und außerdem noch zentrifugale politische Tendenzen auslöste. Nachdem sich Frankreich mit der Idee der Neutralisierung Vietnams einschaltete, brachen unter der trügerischen proamerikanischen Oberfläche zusätzliche Meinungsverschiedenheiten aus, die im Endeffekt zur Schwächung der moralischen Haltung der antikommunistischen Truppe führen mußte. Diese Konsequenz zeigt sich nunmehr in beschleunigtem Tempo von Woche zu Woche, und es ist kein Wunder, daß der amerikanische Verteidigungsminister MacNamara bereits zum vierten Male nach Saigon reisen mußte, um die kritische Situation an Ort und Stelle zu prüfen und Präsident Johnson über die sich anbahnende Entwicklung in Südostasien zu berichten.

Die Lage in Südvietnam verschlechtert sich auch dadurch, daß im benachbarten Kambodscha eine antiamerikanische Strömung die Oberhand gewann und von dort eine Tendenz zur Zusammenarbeit mit dem kommunistischen China und mit dem Ho-Tschi-minh-Regime von Nordvietnam von Tag zu Tag an Boden gewinnt. Die jüngsten Ausschreitungen der fanatisierten Jugend, die sich gegen die diplomatischen Vertretun, gen Amerikas und Großbritanniens richtete-haben etwas Ähnliches offenbart — wenn auch mit anderem Inhalt als bei den Demonstrationen der fanatisierten griechischen Jugend auf Zypern. Dort geht es vielmehr um gewisse proasiatische Appelle, welche Peking in jüngster Zeit ausstrahlt, die aber im Endeffekt auf die Schwächung der westlichen Positionen in Südostasien hin tendieren.

Moskau unterstützt die Rebellion

Die Situation der USA in dieser Gefahrenzone der Weltpolitik ist um so prekärer, als sich alle auf eine verantwortliche und auf die Wiederherstellung der Ruhe gesetzten Hoffnungen als falsch erwiesen haben. Der Kreml ist nicht gewillt, den Amerikanern irgendeine diplomatische oder moralische Unterstützung in dieser bedrängten Lage in Südostasien zu gewähren, sondern zieht es vor, den rebellierenden vietnamesischen Kommunisten die volle Unterstützung zu offerieren. Dazu hat sich die Sowjetunion gezwungen gesehen, und zwar auf Grund der Gespräche, die im Dezember des vergangenen Jahres zwischen den Abgesandten Ho Tschiminhs und der sowjetischen Parteiführung in Moskau geführt wurden. Die ideologische und machtpolitische Rivalität, die zwischen Moskau und Peking auch um den Einfluß in Südostasien ausbrach, zwingt die Sowjets dazu, auf alle Rücksichten gegenüber Amerika in diesem Falle zu verzichten und sich als waschechte Revolutionäre und Kommunisten zu gebärden.

Diese Tatsache muß im Zusammenhang mit der ganzen Auseinandersetzung zwischen Chruschtschew und Mao Tse-tung um die Stellungnahme der asiatischen Kommunisten, Neutralisten und Nationalisten betrachtet werden. Dem Kreml kann es nicht gleichgültig sein, auf welche Seite sich zum Beispiel die größte kommunistische Partei Indonesiens stellen wird oder zu wem die kommunistischen und linkssozialistischen Japaner tendieren wollen. Außerdem ist das Tauziehen um Nordkorea noch nicht ganz zum Stillstand gekommen, denn die Sowjets

versuchen noch immer, das verlorene politische Terrain dort wieder zu gewinnen. Moskau muß hier auch die Einstellung der südostasiatischen Nationalisten berücksichtigen, zumal im Lager der sogenannten Blockfreien und Neutralisten, bei denen die nationalistische Komponente eines Sukarno von Bedeutung ist, Vorbereitungen zur Abhaltung einer neuen Konferenz nach dem Belgrader Beispiel des Jahres 1961 gemacht werden.

Frontwechsel gegenüber Bonn und Berlin

Parallel mit diesen Wandlungen, die in der Weltpolitik vor sich gehen, vollzieht sich nunmehr auch in der Haltung Moskaus gegenüber den beiden wichtigsten Ländern im Westen unseres Kontinents, nämlich zur Bundesrepublik Deutschland und zu Frankreich, ein tiefgreifender Wandel. Ungeachtet dessen, daß de Gaulle einen Flirt mit dem kommunistischen China begann und das Regime Mao Tse-tungs unter dem Gesichtspunkt der Rivalitäten zwischen Moskau und Peking anerkannt hat, registrierten die Sowjets diese Tatsache mit erstaunlicher Ruhe und ließen keine Verärgerung nach außen erkennen. Im Gegenteil, sie entschlossen sich binnen kurzer Zeit, den bis dahin wegen seiner konsequenten Haltung im Ausbau einer eigenen Atommacht verpönten de Gaulle zu umwerben, wie das nur zu Beginn seiner Präsidentschaft der Fall war. Auf einmal sind alle Angriffe gegen die Boykottpolitik de Gaulles gegenüber dem Moskauer Abkommen über das Verbot der Atomversuche wie auch wegen der Tatsache, daß Paris dem Genfer Abrüstungsgespräch die kalte Schulter zeigte, verstummt. Die sowjetische Diplomatie ist dazu übergegangen, sich um die Gunst des Generals im Elysée zu bemühen.

Verschiedene hochgestellte sowjetische Funktionäre, wie zum Beispiel Podgorny, Ridnjew und andere, reisten nach Frankreich, um die angebliche Freundschaft Moskaus mit Paris zu bekunden und immer wieder auf die gemeinsamen Ziele und Interessen hinzuweisen. Demnächst soll der persönliche Abgesandte und Berater de Gaulles, der einstige Ministerpräsident Edgar Faure nach Moskau fahren, um offenkundig den Gründen dieses Werbens um Frankreich etwas tiefer nachzugehen und die eventuelle Chance für eine neue französische Rußlandpolitik zu erkunden. Dabei wird de Gaulle berücksichtigen müssen, daß diese Offensive des Lächelns, die Chruschtschew an der Seine unternimmt, in der benachbarten Rheinmetropole mit größtem Argwohn beobachtet wird und schon Gerüchte im Umlauf sind, daß Frankreich eine Kehrtwendung in der Deutschlandpolitik vorhabe, um sich auf diese Weise an Erhard für seine Konsequenzen in der Frage des deutschfranzösischen Vertrages vom letzten Jahr zu rächen. Allerdings scheint es sich dabei um Äußerungen und Verdächtigungen zu handeln, die einfach aus Überempfindlichkeit mancher deutscher Politiker entstanden sind; aber eine gewisse Abkühlung im Verhältnis zwischen Bonn und Paris ist ohnehin zu beobachten.

Es wäre zu früh, schon heute zu prophezeien, welche Wege de Gaulle in seiner Osteuropapolitik gehen wird. Daß in seiner außenpolitischen Vorstellungswelt ein Dialog mit Rußland und die Regelung europäischer Fragen immer eine maßgebliche Rolle spielt und weiter spielen wird, braucht nicht bezweifelt zu werden. Sein Widerstand dagegen, daß sich die USA im Namen Westeuropas über dessen Schicksal mit Rußland unterhalten wollen, ist eines der wichtigsten Motive einer solchen Haltung. Auf der anderen Seite bleibt es fraglich, was Chruschtschew Präsident de Gaulle offerieren könnte, wodurch Frankreich sich berufen fühlen würde, eine andere Politik als bisher einzuschlagen. Paris müßte auf alle Fälle seinen westdeutschen Verbündeten fallen lassen, denn es ist nicht damit zu rechnen, daß de Gaulle einen Chruschtschew dazu bewegen könnte, die gravierenden und vitalen Fragen Deutschlands im Sinne der Postulate Bonns zu lösen. Gerade die jüngste Schwenkung Moskaus von einer mehr oder weniger wohlwollenden Haltung gegenüber dem Nachfolger Adenauers zu einer militanten Hetze gegen Bonn beweist, daß im Konzept Chruschtschews kein Platz für irgendwelche Konzessionen zu Gunsten Deutschlands vorhanden ist.

Alexander Korab

Die Notbremse

In den letzten Wochen beanspruchten unter den innenpolitischen Traktanden die Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung mit Abstand das größte Interesse. Kein Wunder, denn das Thema geht alle an. Und darüber hinaus ist die Themenstellung einmalig. Noch ist hierzulande eine Generation rüstig am Werk, welche die Krise der dreißiger Jahre am eigenen Leib erfahren hat. Nun hat das Pendel ins andere Extrem ausgeschlagen, und die führenden Köpfe in Wirtschaft und Staat müssen sich darum bemühen, die gleiche Konjunktur, welche es unserem Volk in den letzten Jahren ermöglicht hat, die früheren «Durststrecken» rasch zu vergessen, mit dirigistischen Maßnahmen zu zügeln. Nachdem die «Seelenmassage» der Wirtschaft zugunsten einer freiwilligen Selbstdisziplinierung nur zu sporadischen Achtungserfolgen geführt hatte, mußten Bundesrat und Parlament im Einvernehmen mit den meisten Wirtschaftsverbänden zur Notbremse greifen.

Die Gefahren eines solchen Eingriffes in eine in ihren Grundzügen doch nach wie vor liberale Marktwirtschaft liegen auf der Hand. Zunächst ist ein solches Programm eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Der Wirtschaftskörper ist kein bis in alle Einzelheiten überschau- und errechenbarer Mechanismus. Er ist vielmehr ein Gebilde mit verschiedensten, auch ins Irrationale reichenden Komponenten. Deshalb vermag auch niemand zu sagen, wie weit und in welcher Form die Dämpfungsmaßnahmen wirken werden. Das Ganze ist nicht zuletzt auch ein psychologisches Problem. Daher fragte man sich zunächst in manchen Kreisen nicht ganz zu Unrecht, ob die Dämpfung nicht eine Dämpfungspsychose auslösen könnte, die letzten Endes nicht die Auswüchse, sondern die Konjunktur selbst zum Verschwinden bringen würde. Diese Klippe scheint indessen glücklich umschifft zu sein. Abgesehen von einzelnen, in solchen Lagen besonders exponierten Wirtschaftszweigen hat die Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig Aufhebens gemacht. Daß die Börse eine Reaktion zeigen würde, war wohl als eine Selbstverständlichkeit zu erwarten. Was die eigentlich wirtschaftlichen Auswirkungen betrifft, so läßt sich nichts voraussagen. Es wird sehr viel von der Art der Ausführung abhangen. Hingegen drängen sich in politischer Hinsicht einige grundsätzliche Feststellungen und praktische Fragen auf.

Zeitlich begrenzt

Zwar lassen sich staatliche Eingriffe in die wirtschaftliche Rahmenordnung auch unter dem Gesichtspunkt einer liberalen Wirtschaft ohne weiteres rechtfertigen, soweit sie zur Sicherung eines gesunden Kräftespiels nötig sind. Das zur Diskussion stehende Programm hat indessen aus guten Gründen zeitlich begrenzten Charakter. Und es ist die Pflicht der freiheitlichen Kreise unserer Wirtschaft, dafür zu sorgen, daß es dabei bleibt. Das scheint selbstverständlich zu sein. Ein Blick auf die wirtschaftspolitische Entwicklung der letzten fünf Jahrzehnte belehrt uns aber eines andern. Die Planwirtschaft hat jeweils deutlich im Gefolge der — zeitlich im Prinzip ebenfalls begrenzten — Kriegswirtschaft ihre größten Fortschritte erzielt. Die Öffentlichkeit gewöhnte sich mit andern Worten an den Dirigismus so weit, daß es jeweils bei einem bloß teilweisen Abbau blieb. Es wird deshalb darum gehen, sich des außerordentlichen Charakters der Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung deutlich bewußt zu bleiben. Sie haben nicht den Zweck einer Änderung, sondern der *Erhaltung* unserer Wirtschaftsstruktur.

Ein Prüfstein für das Parlament

Mit der Behandlung der Beschlüsse zur Inflationsbekämpfung wurde das Parlament einer eigentlichen Prüfung unterzogen. Unter den heutigen Verhältnissen ist es keine

Selbstverständlichkeit mehr, daß eine nebenamtliche Volksvertretung noch zuverlässig in der Lage ist, wirtschaftspolitische Probleme von solcher Vielschichtigkeit mit sachlich begründeter Kompetenz zu behandeln und einer verbindlichen Entscheidung zuzuführen. Hat unser eidgenössisches Parlament diese Probe erfolgreich bestanden? Wenn man von der Annahme ausgeht — und es besteht kein Anlaß, daran zu zweifeln —, daß die Konzeption des Bundesrates grundsätzlich richtig ist, so wird man das Ergebnis der Verhandlungen mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Der Bundesrat hat immer wieder betont, daß sein Programm eine Einheit darstelle, von deren Bewahrung der Erfolg abhänge. Diese Einheit ist erhalten geblieben.

Wie sah aber die parlamentarische Arbeit im einzelnen aus? Es fehlte nicht an ausgezeichneten Voten. Indessen stammten sie in ihrer Mehrzahl von profilierten Vertretern wirtschaftlicher Interessenverbände, die sich auf die Vorarbeiten ihrer Experten stützen konnten. Parlamentarier, die nicht über einen solchen Stab verfügen, haben es nach ihrem eigenen Eingeständnis in solchen Fällen sehr viel schwerer, wesentlich zur Entscheidungsbildung beizutragen. Gerade weil die partikularen Interessen bei unserem Gesetzgebungsverfahren mittels der Vernehmlassung schon im außerparlamentarischen Vorbereitungsstadium ausreichend zur Geltung kommen, wäre es aber wichtig, daß im Parlament auch jene Volksvertreter vermehrt zum Zuge kämen, die nicht über die Dokumentations- und Informationsmöglichkeiten eines Verbandsexponenten verfügen. Hier liegt ein Problem vor, dem man im Interesse des Ansehens unserer parlamentarischen Repräsentation einige Aufmerksamkeit zuwenden sollte. Das Parlament darf nicht in den Ruf einer Versammlung bloßer Interessenvertreter kommen.

Wenn das Parlament letzten Endes gut über die Hürden kam, so kann dies nicht über gewisse Unsicherheiten in der Detailarbeit hinwegtäuschen. Die Episode des berühmt gewordenen Antrags von Nationalrat Tschanz, der gezielte staatliche Maßnahmen zur Steuerung des Hypothekarzinsfußes verlangte, ist ein Beispiel dafür. Der Umstand, daß der Vorstoß zum allgemeinen Erstaunen in der Volkskammer eine Mehrheit fand, läßt sich nur damit erklären, daß das Parlament im Verlauf der Debatten zeitweise Gefahr lief, den Überblick zu verlieren. Im allgemeinen richtete sich das parlamentarische Fußvolk in solchen Situationen in durchaus legitimer Weise auf die Meinung der vorberatenden Kommission aus. Schon Gottfried Keller ließ seinen Martin Salander im gleichnamigen Roman sagen, daß die Volksvertretung keineswegs eine Akademie von Gelehrten zu sein brauche, sondern daß es für den Parlamentarier in vielen Fällen darum gehe, sich die sachlichen Grundlagen seiner Entscheidungen von vertrauenswürdigen Fachleuten vermitteln zu lassen. Beim Antrag Tschanz schätzte indessen auch die Kommission die Situation falsch ein. Zur Ehre der Volkskammer muß aber gleich beigefügt werden, daß sie nach der Korrektur im Ständerat aus der Angelegenheit keine Prestigefrage machte, sondern mit deutlicher Mehrheit die sich aufdrängende Streichung vornahm.

Eine taktische Frage?

Zu solchen Erwägungen grundsätzlicher Art gesellen sich nun nach der Behandlung im Parlament sehr viele praktisch-politische Fragen. Die nächstliegende ist die Festsetzung des Termins für die Volksabstimmung über die Konjunkturdämpfungsbeschlüsse. Die Dringlicherklärung hat zur Folge, daß praktisch eine Frist von einem ganzen Jahr zur Bestätigung durch den Souverän bleibt. Der Bundesrat, der Kantonsregierungen und Parteien zur Vernehmlassung zu der Frage eingeladen hat, schlägt vier Daten zur Auswahl vor. Die Priorität scheint er selbst dem 24. Mai, an dem über das Berufsbildungsgesetz abgestimmt werden soll, zuzubilligen. In zweiter Linie stehen Termine im Juli, September oder Februar 1965 zur Diskussion.

Da die Beschlüsse nun dank der Dringlichkeitsklausel ohnehin bis März 1965 in Kraft bleiben, neigen viele Wirtschaftskreise

dazu, einem möglichst späten Termin den Vorzug zu geben. Sie gehen davon aus, daß zum Beispiel bei einer allfälligen Verwerfung des Baubeschlusses im Mai seine Wirkung auf die öffentliche Hand trotz weiterer Gültigkeit bis Frühjahr 1965 praktisch in Frage gestellt wäre. Und sie weisen ferner darauf hin, daß eine möglichst späte Ansetzung dem Volke außerdem die Möglichkeit bieten würde, bei seinem Entscheid die ersten Auswirkungen in Rechnung zu stellen. Dem steht die Ansicht anderer Experten gegenüber, wonach sich die ersten Wirkungen nur langsam abzeichnen werden, daß also beim Stimmbürger bei einer späten Ansetzung der falsche Eindruck entstehen könnte, die Beschlüsse verpufften und könnten deshalb überhaupt gestrichen werden. Dazu kommt die mit einem späten Volksentscheid verbundene Verlängerung der Unsicherheit. Möglicherweise wäre der Wirtschaft wie den Behörden im Hinblick auf ein klares und langfristiges Disponieren mit einem raschen Entscheid des Souveräns doch am besten gedient.

Eine rein taktische Frage? Die Versuchung ist groß, hier in Supertaktik zu machen. Gerade weil die Zusammenhänge für den Stimmbürger schwer zu überblicken sind, können psychologische Momente — und damit auch die Wahl des Abstimmungstermins — von großer, ja ausschlaggebender Bedeutung sein. Gerade darum ist es aber auch notwendig, den Volksentscheid so vorzubereiten, daß er der rein taktischen Bedingtheit enthoben und auf eine sachliche Grundlage gestellt wird. Die Referendumsdemokratie ist mehr als jede andere Demokratie von der genauen Aufklärung des Bürgers und seiner aktiven Teilnahme abhängig. Das ist gerade in solchen, wirtschaftspolitisch komplexen Fällen nicht einfach. Es bleibt aber nichts anderes übrig, als daß sich Behörden, Parteien und Wirtschaftsverbände dieser Aufgabe unterziehen. Vielleicht wäre es gerade unter diesem Gesichtspunkt richtig, einen der mittleren Termine zu wählen. Das würde eine sorgfältige Vorbereitung unter Verwertung der ersten praktischen Erfahrungen erlauben, ohne daß im Volk der Eindruck entstünde, man wolle das Programm möglichst unbesehen durchpeitschen oder — im Fall einer Verschiebung auf 1965 — die Stellungnahme des Souveräns möglichst lange verzögern.

Ein Menetekel für die Wirtschaft

Konjunkturdämpfung bedeutet unter anderem, daß das Produktionsvolumen nicht ins Uferlose ausgeweitet wird. Es gibt Anzeichen dafür, daß in einzelnen Exportindustrien in absehbarer Zeit auch ohne staatliche Eingriffe eine deutliche Mäßigung eingetreten wäre — einfach deshalb, weil sich die Nachfrage abschwächt. Und dies wiederum scheint damit zusammenzuhängen, daß die technische Weiterentwicklung unserer Produkte nicht immer und überall Schritt gehalten hat mit der rasenden Produktionsausweitung. Es gibt fachkundige Beobachter, die sogar von einer Stagnation sprechen. Wenn die mit der Konjunkturdämpfung verbundene Besinnung und Standortbestimmung dazu führt, daß nunmehr wieder mehr in die Forschung investiert wird, so liegt das im wahrsten Sinne des Wortes im Gemeininteresse unseres Landes. Unser Volk hat es dank seinem Fleiß und Erfindergeist fertiggebracht, in einem der ärmsten Länder Europas eine der reichsten Wirtschaften der Welt aufzubauen. Es wird seine bevorzugte Position nur dann halten können, wenn es dem qualitativen Fortschritt weiterhin die ungeteilte Aufmerksamkeit schenkt.

Kultur in Uniform

Kein Geringerer als Karl Jaspers hat uns Schweizern das Zeugnis ausgestellt, daß hierzulande die geduldige Aufhellung der kommunistischen Gefahr mit beispielhafter Systematik betrieben werde. Obwohl die Schweiz nicht der westlichen Verteidigungsgemeinschaft angehört, ist unsere Öffentlichkeit besonders stark auf der Hut, wenn es um östliche Anbiederungsversuche geht. Die Frage, ob man kulturelle Ostkontakte pflegen solle, wird denn auch immer wieder aufs neue mit Leidenschaft diskutiert, wobei regelmäßig der berühmte Graben zwischen

Deutsch und Welsch aufzutreten droht. Das Problem gehört zu jenen, die sich niemals befriedigend lösen lassen, solange sich auf der weltpolitischen Bühne zwei grundverschiedene und unversöhnliche Gesellschaftssysteme gegenüberstehen. Es ist nicht einmal eine wirklich friedliche Koexistenz möglich, solange der Kommunismus die Vernichtung des Westens zum offen propagierten Ziel hat. Nachdem aber der Osten zu vermehrten Kontakten neigt, ist das Problem der kulturellen Beziehungen von der im Prinzip auf Diskussion beruhenden westlichen Welt nicht mehr mit einem kompromißlosen Nein zu lösen. Wir haben allen Grund, jede Möglichkeit zu ergreifen, um den Osten besser kennenzulernen und westliches Gedankengut in den Osten zu tragen. Voraussetzung ist aber ein richtig proportionierter Kulturaustausch. Es darf sich nicht um eine Einbahnstraße von Ost nach West handeln. Natürlich muß dabei als erwiesen gelten, daß die Kommunisten die Kontakte propagandistisch maximal ausnützen und auch anderweitig mißbrauchen. Kultur ist für sie nach wie vor ein rein politisches Instrument. Es stünde aber schlecht um unseren Staat und unsere öffentliche Meinung, wenn wir damit nicht fertig würden. Wachsamkeit war von jeher der Preis der Freiheit. Einen offenen geistigen Wettstreit aber brauchen wir nicht zu fürchten, im Gegensatz zum Osten, der deshalb die Lücken im Eisernen Vorhang jeweils nur zu rasch wieder schließt oder einengt. Für ihn steht bei den Kontakten auf die Dauer sehr viel mehr auf dem Spiel als für uns.

Wie weit sich die Kontakte erstrecken und auf welchen Ebenen sie sich abspielen sollen, ist im einzelnen eine Ermessensfrage. Daß die russische Gesangskultur in der Uniform der Roten Armee in weitesten Kreisen der Schweiz auf schroffe Abneigung stoßen werde, stand für jeden Kenner unserer Verhältnisse zum vornherein fest. Daran ändern auch die vollen Säle in Genf und Lausanne nichts. Im Endergebnis wiegt vermutlich die bei dieser Gelegenheit wieder aktivierte Wachsamkeit gegenüber einer uniformierten Kultur mindestens ebenso viel wie die volle Kasse der veranstaltenden Konzertagentur, selbst wenn ein Teil des Gewinns der PdA zur Finanzierung ihrer hoffnungslosen Wühlarbeit zufließt. Immerhin heißt dies nicht, daß die Tournee des Chors der Roten Armee zur Nachahmung zu empfehlen sei. Hier lag ohne Zweifel ein Grenzfall vor, in dem die deutschschweizerischen Kantone offensichtlich richtiger entschieden haben als jene der Westschweiz.

Spectator

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Zum Jahreswechsel

Der erste Monat der diesmaligen Berichtszeit, der Dezember 1963, bescherte uns die vom *Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins* aufgesetzte Ausarbeitung über die gewerbliche Wirtschaft der Schweiz 1962; wie alljährlich verschafft die Abhandlung erschöpfend Aufschluß über das schweizerische ökonomische Leben und unterzieht das Verhältnis der Schweiz zur EWG und EFTA sowie zum GATT einer besonderen Berücksichtigung. — Im übrigen ist aus den zahlreichen Artikeln des Gedenkens an das vergangene und des Ausblicks in das Jahr 1964 nur auf die folgenden als in erster Linie wohlinformierend hinzuweisen: Der «Wochenbericht» des Zürcher Bankhauses Bär wartet in seinen Nrn. 47 bis 49 (1963) und 1 (1964) mit lebhaften Darstellungen über den Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung und mit einem «Blick voraus» auf. Auch der «Economist» beschäftigt sich am 28. 12. mit dem, «was 1963 geschah». In der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ») überschreibt E. Hugentobler am 2. 1. den Leitartikel mit «Rück- und Ausblick». «Finanz und Wirtschaft» («FuW«) referiert am

18. 1. über «die Welt-Aluminium-Industrie im Jahre 1963». Als Gedächtnisstütze besonders wertvoll sind schließlich die im Dez. gedruckte Broschüre der Schweizerischen Bankgesellschaft: «Schweizerisches Wirtschaftsjahr 1963» und der Jahresrückblick im «Bulletin» Nr. 4 der Schweizerischen Kreditanstalt.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Die Ruhe vor dem Frühjahrssturm der Kennedy-Runde im GATT hat die *europäische Integration* während der letzten Monate wieder mehr in den Hintergrund der Wirtschaftspresse treten lassen. Erwähnenswert ist in dieser Materie nur das folgende: An Hand umfangreicher statistischer Zusammenstellungen untersucht Privatdozent Dr. A. Nydegger in der Genfer «Wirtschaftsrevue» (Januar und Februar) «die mutmaßlichen Auswirkungen der EWG-Zolldiskriminierungen auf die assoziationsfreie Schweiz». In der Wiener «Industrie» wird am 10. 1. betont, daß «man in Brüssel nach der ‚Weihnachts-Euphorie' wieder nüchtern geworden» sei. Die «Revue Economique Franco-Suisse» stellt ihre Ausgabe vom Dezember unter das Kennwort: «Libéralisme et économie concertée.» Mit dem zeitlichen Herannahen der Welthandelskonferenz und der Kennedy-Runde in Genf gewinnt das *GATT* wieder mehr an Bedeutung für die Wirtschaftszeitschriften. «La Suisse Horlogère» («Horlogère») erkundigt sich am 9. 1. danach, «wie es mit dem Abbau der Zollschranken steht». Der «Economist» vom 25. 1. nennt die bevorstehende Welthandelskonferenz «die Nicht-Kennedy-Runde». — Am gleichen Tage gibt der «Economist» seiner Besorgnis über die wachsenden *Konjunktur*spannungen in der europäischen Wirtschaft Ausdruck; auch am 15. 2. schreckt ihn die in Europa fortschreitende Inflation. — Auf dem Gebiete der *Finanzpolitik* kommt in einer anregenden Sonderbeilage: «Banken und Börsen» zu «FuW» vom 4. 1. Präsident Dr. A. Schaefer mit dem Spitzenartikel: «Handelsbanken und Industriefinanzierung» zu Wort. Einen Vortrag des Genfer Professors Dr. W. Röpke gibt die «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») unter dem Stichwort: (Die Börse als) «Markt par excellence» am 1. 2. wieder. — Der Meinungsstreit über die *Entwicklungshilfe* und ihre zweckmäßigste Form wurde auch in der Berichtszeit fortgeführt. Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft entnehmen im Dezember den «Schweizer Monatsheften» vom November einen Auszug aus dem Beitrag des Präsidenten Dr. A. Schaefer; sie betiteln diesen Extrakt: «Ein offenes Wort zur Entwicklungshilfe.» Auch das amerikanische Wirtschaftsmagazin «Challenge» widmet im Januar diesem Thema und seiner Zukunft zwei Artikel, nämlich «Anleihen statt Schenkungen» und «öffentliche oder private Projekte». — Aus *verschiedenen Stoffgebieten* werden noch die folgenden Darstellungen interessierte Leser finden: Die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» («Monatsblätter») sind im Januar dem Kartellproblem zugewandt. Zur «Freiheit der internationalen Rückversicherung» äußert sich Professor M. Großmann in Nr. 9 der «Schweiz. Versicherungs-Zeitschrift» («Versicherung»). In der Umschau des Hamburger «Wirtschaftsdienstes» vom Januar (begegnet man einer anregenden Schilderung der Aufgaben, die der «Weltkonferenz für Handel und Entwicklung» gestellt sind. Der «Economist» vergleicht am 1. 2. die Situation der Wirtschaft in den wichtigsten Industrieländern miteinander. Nicht zuletzt dient die Kieler «Weltwirtschaft», 2. Heft von 1963, in der üblichen Weise mit sicherem Griff einer Orientierung über die internationale Wirtschaftslage und diejenige in 11 der wichtigsten Staaten; darunter sind die Betrachtungen von Dr. A. Nydegger über die Schweiz recht aktuell. Dem Verständnis für die Probleme «Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspraxis» förderlich ist schließlich eine Broschüre, die das Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv als Sonderdruck anläßlich des Ausscheidens seines langjährigen Direktors Professor Dr. C. Kapferer im Dezember hat erscheinen lassen. Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft weisen im Februar auf die «Belastungsgrenzen der

sozialen Marktwirtschaft» hin. Nützlich ist eine Zusammenstellung des europäischen Handels mit Agrarprodukten, die von den Genfer «Nouvelles» der Commission Economique pour l'Europe (Januar) gebracht wird.

Aus der Schweizer Wirtschaft und von ihren Problemen

Ist unsere heutige Ausbeute aus dem die internationalen Wirtschaftsprobleme betreffenden Inhalt der ökonomischen Presse ein wenig mager ausgefallen, floß sie bezüglich des schweizerischen gewerblichen Lebens um so reichlicher. Nach dem Erscheinen der bundesrätlichen Botschaft zur *Konjunkturpolitik* erinnerte die Schweizer Wirtschaftspresse an einen aufgestörten Ameisenhaufen: der Kampf gegen die Konjunkturüberhitzung bewirkte lebhafteste Diskussionen. Dabei waren die Stimmen einer Kritik gegenüber den geplanten Maßnahmen unüberhörbar. Der diesem Programm sicher nicht fernstehende Generaldirektor der Nationalbank, Dr. M. Iklé, äußerte sich in einem von der «NZZ», Nr. 25 vom 26. 1., behandelten Vortrag zu der schweizerischen Konjunkturpolitik dahin, sie befände sich «am Scheidewege». «FuW» versah am 29. 1. die Anregungen des Bundesrates mit der Zensur: «Gefährlicher Interventionismus», und die «SHZ» warnte am 30. 1. vor Dramatisierung der Situation. Auch «Horlogère» bedauerte am 23. 1. die «Zuflucht zu einem gesteigerten Dirigismus». In ähnlichem Sinne ließ sich am 6. 2. der «Wochenbericht» von Bär vernehmen, und Dr. J. C. Meyer nannte im Frankfurter «Volkswirt» vom 14. 2. die Ideen des Bundesrates ebenfalls «dirigistisch». In der Basler «National-Zeitung», Nr. 53 vom 1. 2., warnte Prof. Dr. E. Salin vor der «Inflationshysterie». «Die Gefahr der Überfremdung» schilderte Prof. Dr. M. Holzer in der «Gewerblichen Rundschau», Heft 4 von 1963. Dr. J. C. Meyer beschäftigte sich in der Monatszeitschrift «Deutschland-Schweiz» vom Dezember mit den «Chancen und Gefahren für die schweizerischen Kleinbetriebe» im Gefolge der Konjunkturentwicklung. — Hinsichtlich des *Außenhandels* ist dem Berichterstatter ein Vortrag des Botschafters Dr. E. Stopper über die Außenhandelsprobleme der Schweiz aufgefallen; darüber berichtete die «SHZ» am 5. 12., sie nannte ihr Referat «Unsere Wirtschaft ist risikoanfälliger geworden». Die «Betriebsführung» (mit dergestalt verkürztem Titel) brachte im Januar ein Interview mit Prof. Dr. A. Boßhardt über die Vor- und Nachteile einer Assoziation der Schweiz mit der EWG. — Auf *sozialpolitische Belange* erstreckte sich zunächst der «Wochenbericht» von Bär am 16. 1.; er befaßte sich mit der «schweizerischen Arbeitsmarktpolitik». Weiterhin lobte Nationalrat Dr. H. Häberlin in seiner «Werkzeitung» im Januar die in der Metallindustrie zu findende «soziale Partnerschaft». Die Auswirkung der Fremdarbeiter-Plafonierung wurden von der «SAZ» am 8. 1., von den «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft im Januar und vom deutschen «Arbeitgeber» am 5. 2. unter die Lupe genommen.

Auch die *Finanz- und Steuerpolitik* lieferte den Presseorganen einen beliebten Stoff. Der «Wochenbericht» von Bär lehnte am 23. 1. mit einleuchtender Begründung die später (am 2. 2.) in der Volksabstimmung verworfene Steueramnestie als «Danaergeschenk» ab. Die «Steuer-Revue» (Januarnummer) publizierte einen Artikel von E. Schärrer: «Handels- und Steuerbilanz». «Die Frage eines rationellen Steuersystems für die Schweiz» erörterte Privatdozent Dr. W. Wittmann in Nr. 4 (1963) der «Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik». *Im übrigen* empfiehlt es sich, die folgenden Arbeiten zu beachten: In der amtlichen «Volkswirtschaft» (Dezember) ist die Darstellung der «volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Schweiz für 1960 bis 1962» interessant, sie ist mit reichhaltigem Material ausgestattet. Diese Ausarbeitung würdigt auch die «SAZ» am 16., 23. und 30. 1. Ein Referat von Nationalrat Dr. P. Dürrenmatt zur «politischen Verantwortung der freien Wirtschaft» wird in der «SAZ» vom 12. und 19. 12. publiziert. Zum 60. Geburtstag von Professor Dr. M. Großmann am 30. 1. sprach die ihm nahestehende «Schweiz. Versiche-

rungs-Zeitschrift» im Januar ihre Glückwünsche aus; der Jubilar selbst berichtete in diesem Heft von der 10. Jahresversammlung des Dachverbandes der westeuropäischen Landes-Versicherungsverbände in Rom. Im Anschluß an eine Gratulation zum 60. Geburtstag von Professor Gutersohn am 12. 2. beginnt das 4. Heft (Dezember 1963) des «Internationalen Gewerbearchivs» mit einer Abhandlung von A. Ostertag über das zeitgemäße Thema: «Zweifel am technischen Fortschritt.» Professor O. Angehrn beantwortet in den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung im Januar prinzipielle Fragen nach dem Wesen des «Wirtschaftswachstums»; die «SAZ» bringt am 13. 2. wesentliche Gedankengänge dieser Arbeit. Das Doppelheft 4/5 der «Agrarpolitischen Revue» beginnt mit der Wiedergabe eines Vortrags von Bundesrat von Moos: «Zur Revision des bäuerlichen Bodenrechts.» Wieder einmal besteht Veranlassung, auf das monatliche Erscheinen des «Archivs» als auserlesene Nachrichtenquelle über «schweizerische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik» Bezug zu nehmen.

Wirtschaftsinformationen über die USA

Der *Handels- und Zollpolitik* der USA schenkt der «Economist» am 14. 12. seine Beachtung; aus Washington wird ihm über die dortige Auffassung von der Kennedy-Runde berichtet. Die «Horlogère» zeigt sich am 12. 12. interessiert wegen der Möglichkeit einer Überprüfung der USA-Zölle auf Uhren und Uhrwerken. — In «FuW« vom 11. 1. wird die «*Arbeitslosigkeit* als weiterhin ungelöstes Problem der USA» angesprochen. — Im «Kreditwesen» stehen am 1. 1. unter dem Motto: «Die Zukunft des *Dollars*» wertvolle Beiträge, unter anderm von den Professoren von Mises und Röpke. — Über die Begegnung von Präsident Johnson mit Bundeskanzler Erhard «tief im Herzen von Texas» (so in Deutsch geschrieben) berichtet der «Economist» am 4. 1. Die wichtigsten Abschnitte aus der «State of the Union»-Botschaft des Präsidenten gibt die «NZZ» in Nr. 9 vom 10. 1. wieder.

Wirtschaftsinformationen aus sonstigen Ländern

1. Aus Europa: Daß in der *Deutschen Bundesrepublik* «Erhards harte Budgetpolitik» von Erfolg gekrönt ist, hat der Wiener «Industrie» vom 24. 1. gefallen. «Horlogère» belehrt am 16. 1. ihre Leser über Erzeugung und Handel der deutschen Uhrenindustrie. — Im «Kreditwesen» vom 15. 1. wird die Wettbewerbslage der *französischen* Geldinstitute charakterisiert. Über «Frankreichs Außenhandel im Jahre 1963» gibt die «NZZ», Nr. 38 vom 8. 2., Auskunft. — «Die Wirtschaft *Griechenlands* 1963» beschreibt «FuW« am 29. 1. — Die Wiener «Industrie» behandelt am 17. 1. die Mißerfolge der Verstaatlichung in *Großbritannien* und am 31. 1. die unerwartet schnelle Expansion des britischen Außenhandels. — Über «die wirtschaftliche Stabilisierungsaktion in *Italien*» wird die «NZZ» am 15. 1. (Nr. 14) aus Mailand unterrichtet. Am gleichen Tage beleuchtet «FuW» «Strukturschwächen der italienischen Wirtschaft» und kennzeichnet die Aktivität der Staatsunternehmen Italiens. — Aus dem Bereiche der *nordischen Länder:* «Die zusätzlichen Altersrenten in *Dänemark*» haben am 6. 2. die Beachtung der «SAZ» gefunden. — «*Finnlands* Konjunktur steht im Schatten politischer Unsicherheit»; so bemerkt die Wiener «Industrie» am 17. 1., und die «SHZ» liefert am 23. 1. eine Beilage: «Finnland-Schweiz.» — Daß «*Schweden* um seine Konkurrenzfähigkeit bangt», wird von der Wiener «Industrie» am 20. 12. notiert, und am 14. 2. spricht sie von «Diskussionen über Entwicklungshilfe in Schweden». — Wieder ist es die soeben genannte «Industrie», die am 3. 1. die «Überwindung der Investitionsschwäche zur Vorrangaufgabe» der *österreichischen* Wirtschaft für 1964 stempelt; gegenüber diesem neuen Jahre nimmt laut der gleichen Zeitschrift die Industrie des Landes eine vorsichtige Haltung ein. Die «Außenwirtschaft» veröffentlicht in Heft IV/1963 einen lesenswerten Aufsatz des Wiener Professors W. Weber, der «Argumente für eine engere Assoziierung Österreichs mit der EWG» enthält. Als Quelle der Unterrichtung ökonomischer Geschehnisse in Österreich sind uns nach wie vor die «In-

formationen» willkommen. — Im deutschen «Arbeitgeber» vom 20. 1. wird ein farbiges Bild von *Portugal* und seiner Wirtschaft gezeichnet.

2. *Aus der übrigen Welt:* Die Wiener «Industrie» nennt *Kuwait* ein «Wirtschaftswunderland». — Die «wirtschaftspolitische und wirtschaftliche Entwicklung in *Mexiko*» bildet den Gegenstand eines Artikels im «Bulletin» Nr. 1 des Schweizerischen Bankvereins. — Im Hamburger «Wirtschaftsdienst» (Dezember) wird die «Industrialisierung in *Pakistan*» untersucht. — Die «Splitter» der Schweizerischen Volksbank widmen *Thailand* eine kürzere Darstellung (Januar).

Wirtschaft im Sowjetblock

Die langsame «Wirtschaftsintegration im Comecon», einer Art östlichen Gegenstückes zu den ökonomischen Zusammenschlüssen der westeuropäischen Staaten, erfährt durch den Hamburger «Wirtschaftsdienst» (Dezember) in K.-E. Schenk (Münster) einen gutinformierten Kommentator. Auch die «NZZ» gewährt am 24. 12. (Nr. 353) einen Einblick in die Ziele der «Comecon-Bank». Anatol J. Mickailowsky (Köln) setzt in Heft 12 von «Wirtschaftsdienst-Betriebsführung» seine Artikelserie über den «Weltkommunismus als wirtschaftlichen Gegenspieler» mit einer Schilderung des «Kampfes gegen den Antikommunismus» fort. «Wirtschaftsprobleme des Ostblocks» erörtert «FuW« am 15. 2.

Die berühmte Rede Chruschtschews vom 9. 12. über die zu beschleunigende Entwicklung der chemischen Industrie in Rußland wird von der «Prawda» am 10. 12. verbreitet. Die «NZZ» zerbricht sich am 21. 12. (Nr. 350) den Kopf über «die sowjetischen Goldreserven». Im «Economist» vom 18. 1. wird ein Blick geworfen auf die Mitteilungen der amerikanischen Central Intelligence Agency über die Zustände in der russischen Wirtschaft.

«*Rumänien* blickt nach Westen», betont Dr. R. Nitsche in den «Monatsblättern» (Februar). Die Regierung in der *Tschechoslowakei* übernimmt gemäß «Economist» vom 15. 2. bereitwillig vom kapitalistischen Westen dessen wirtschaftliche Erfahrungen. Vom «Beispiel einer sozialistischen Planwirtschaft», das *Ungarn* bietet, handelt die «NZZ» am 15. 1. (Nr. 17).

*

Die «Monatsblätter» stellen im Dezember Überlegungen an über das Verhältnis zwischen Außenhandels- und Agrarpolitik. Im Mittelpunkt der «Zeitung für kommunale Wirtschaft» steht das Wasser (Dezember und Februar) und im Januar die Gasversorgung.

(Abgeschlossen Ende Februar 1964.)

Hans Posse